

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 117 (1991)

Heft: 11

Illustration: Die Gewässerschutz-Initiative kommt vors Volk

Autor: Büchi, Werner

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bereits am zweiten Tag des Sondereinsatzes habe ein Stosstrupp der Armee eine Gruppe von zwanzig Flüchtlingen aufgespürt und gleich wieder zurückgeschickt. «Das waren ganz eindeutig Wirtschaftsflüchtlinge», erklärt Major Wachkopf. «Die konnten nicht mal Deutsch und trugen fremdländische Noten auf sich.» Deutsche Schlepper hätten die Flüchtlinge in die Schweiz schleusen wollen. «Und nur dank der Armee ist die Schweiz vor einigen weiteren Schmarotzern verschont geblieben.»

Flüchtlinge sogar ohne Deutschkenntnisse

Die deutsche Koordinationsstelle für Flüchtlinge sieht das aber anders. Ausgerechnet zum gleichen Zeitpunkt wie die Schweizer haben nämlich auch die Deutschen ihr Grenzwachtkorps verstärkt. Mit ehemaligen DDR-Volkspolizisten. Diese erfahrenen Späher hätten dieselbe Flüchtlingsgruppe am gleichen Tag aufgespürt und auf die Schweizer Seite der Grenze geschafft.

Dieses Ping-Pong-Spiel soll drei Tage lang andauert haben. Nun sitzen die verschüchterten Flüchtlinge in einem Kantinenwagen der deutschen Grenzbrigade und warten auf einen Entscheid aus Bonn oder Bern. Dieser aber lässt auf sich warten, zur Zeit jagen sich die diplomatischen Depeschen, ein zähes Seilziehen zwischen den beiden Hauptstädten ist im Gang. Die Deutschen behaupten, Schweizer Soldaten hätten die Flüchtlinge über die Grenze nach Deutschland gejagt. Und die Schweizer behaupten dasselbe von den Deutschen. Klar ist nur, dass keine der beiden Regierungen diese Menschen aufnehmen oder das Flugticket für die Ausschaffung berappen will.

Hüttendörfer rund um die Schweiz?

Trotz dieses Zwischenfalls habe sich der Einsatz des Militärs gelohnt, heisst es im Bundeshaus. Eine Lösung für diese «Zwischengrenzflüchtlinge» werde gewiss gefunden: Vorübergehend habe das Rote Kreuz deren Betreuung übernommen, die Sache eile also nicht.

In dieser Woche t nun aber auch Kritik am Verhalten des Bundesrats laut geworden. Gegner dieser repressiven Asylpolitik werfen Bern vor, auf den Köpfen der Asylanten eine harte Aussenpolitik durchzuziehen. Die Schweiz wolle den Deutschen nun endlich einmal die Stirn bieten. Wenn die Schweiz künftig die Armee überall an der

Grenze einsetze, so befürchten kritische Bürgerinnen und Bürger, entstünden im grünen Grenzgebiet ganze Städte von Wohncontainern für «zwischenstaatliche Flüchtlinge».

Doch solche Kassandrarufe verhallen ungehört, denn das helvetische Boot ist nun mal voll. Und selbst wenn rund um unser Land solche Hüttendörfer entstünden, sei das allemal besser als ein überbevölkertes

Land, heisst es in einer Verlautbarung von zuständiger Seite. Schliesslich seien die Flüchtlinge eine enorme finanzielle Belastung für unser Land. Im Grenz-Zwischengelände aber müsse das Internationale Rote Kreuz für den Unterhalt der Menschen aufkommen, schreibt der Bund weiter. «Durch den Armee-Einsatz an der Grenze wird das Flüchtlingsproblem ganzheitlich, das heisst vor allem auch finanziell, gelöst.»



Die Gewässerschutz-Initiative kommt vors Volk.

«Wetted er öppe no en Gutsch für d Fisch?»